

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verantwortlich: Hermann Deyer & Co. Dresden-Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtkass Dresden, Girokonto Blasewitz Nr. 658

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co. Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für Lokales Carl Drach für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erzheim täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-Blatt, Aus alter u. neuer Zeit, Wochens-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.-, einjährl. 20 M. 20 Pf. Erhöht durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.-, einjährl. 20 M. 20 Pf. Postab. Für alle östl. Gebiete, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferab. bzw. Nachlieferung. d. Zeitung od. Rückzahl. d. Leasingbes. Druck: Clemens Landgraf Nachf. Dresden-Freital. Bei unvert. einget. Manusk. ist Rückz. beizufügen. Für Anzeigen, w. durch Fernpost. ausgesetzt werd., kann wir eine Verantw. bes. d. Rückz. nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
95. Jahrgang

Nr. 46

Donnerstag, den 23. Februar

1933

## Anerkennung der Behandlung des deutschen Wortführers auf der Abrüstungs-Konferenz in Genf

### Seldte wird Reichskommissar für den F. A.

Die Frage der Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes hat nach unseren Informationen in den letzten Wochen das Kabinett mehrfach beschäftigt. Wegen der Beauftragung des Reichsarbeitsministers Seldte zum Reichskommissar waren von nationalsozialistischer Seite Einwendungen erhoben worden. Obwohl Seldte bereits bei seiner Ernennung zum Arbeitsminister das Reichskommissariat zugeteilt erhielt und eine diesbezügliche Verfügung vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden war, lehnte der Reichsführer seine Gegenzeichnung bis zu einer völligen Klärung der umstrittenen Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes ab. Es kam zu schwierigen Auseinandersetzungen, die endlich durch einen Kompromiß beigelegt wurden. Danach wird als Stellvertreter des Reichskommissars Seldte nicht nur der Stahlhelmführer Mahnke fungieren, sondern auch der Vertrauensmann der NSDAP, Oberst Gierl. Im Gegensatz zu den Auffassungen des Stahlhelms, der an der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes festhielt, dürfte eine allmähliche Ueberleitung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Arbeitsdienstpflicht erfolgen, über deren Einzelheiten allerdings die Entscheidung noch offen steht.

### Endlich Abbau überhöhter Gehälter

Bei den Kabinettsverhandlungen der letzten Tage ist von Seiten der Nationalsozialisten die Frage der allzu hohen Gehälter angesprochen worden. Wie wir erfahren, wurde der Reichsfinanzminister beauftragt, eine verschärfte Verordnung mit Beschleunigung fertigzustellen, in der die Höchstgehälter in dem vom Reich und den Ländern kontrollierten und subventionierten Betrieben herabgesetzt werden. Bei den leitenden Angestellten wird ein Monatsgehalt von über 12.000 Mark als unzulässig erklärt werden. In die Gehälter werden auch die Lohntien und Sonderentschädigungen für Aufsichtsratsposten eingerechnet werden, die bisher bei allen Reduzierungsplänen unberücksichtigt blieben.

### Geringe Steigerung der Arbeitslosenzahl

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Februar waren am 15. Februar bei den Arbeitsämtern rund 33.000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Die Reichszahl der Arbeitslosen an diesem Stichtage bleibt mithin mit rund 8.047.000 um rund 80.000 hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres zurück. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß innerhalb des vergangenen Jahres die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit angewachsen ist. Selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsache bleibt die geringere Zunahme gegen-

über der Entwicklung im Vorjahre bemerkenswert. Seit dem tiefsten Punkt des Jahres 1932 Ende Oktober ist die Arbeitslosenzahl um rund 938.000 gestiegen, während zwischen dem tiefsten Stande des Jahres 1931, der bereits Ende Juni lag, und dem 15. Februar 1932 eine Zunahme um nicht weniger als 2.173.000 zu verzeichnen war.

Durch die Reichsanstalt wurden Mitte Februar nahezu 2 1/2 Millionen Arbeitslose unterstellt. Rund 177.000 Arbeitsdienstwillige waren Ende Januar bei Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge wurden durch die Jahreszeit stark eingeschränkt, so daß Ende Januar nur noch 22.000 Notstandsarbeiter gezählt werden konnten.

### Seit 30 Jahren Vertreter der Mittelstandsinteressen

Der zum Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Syndikus der Handwerkskammer in Hannover, Dr. phil. Blumberg, ist 1876 in Bessau, Kreis Sudau, geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er neuere Sprachen und Philosophie. 1902 trat er als Hilfsarbeiter bei der Handwerkskammer Frankfurt a. Oder ein. Seit 1908 ist er erster Syndikus der Handwerkskammer Hannover. Seit 1910 ist er Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Hannover. Dem Reichstag gehörte er als Mitglied seit 1920 an.

## Deutschland unterbreitet Gegenvorschläge

### Wir müssen Bedingungen stellen

Botschafter Radolny gab gestern im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz den allgemein mit großer Spannung erwarteten grundsätzlichen Standpunkt der Reichsregierung zu den französischen Vorschlägen auf Vereinheitlichung der kontinental-europäischen Heere bekannt. In der Erklärung heißt es:

1. Der Verteidigungs- oder Angriffscharakter der Heere wird nicht so sehr durch das Wehrsystem als vielmehr durch die Ausrüstung mit solchen Waffen bestimmt, die vorwiegend einen Angriffswert besitzen. Eine alle Staaten ohne Ausnahme in gleicher Weise treffende Abschaffung der Angriffsmittel (bewegliche Schwergeschütze, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Bombenabwurf) und ein Ausgleich auf dem Gebiet des Materials sind daher von ausschlaggebender Bedeutung.

2. Hinsichtlich der Personalbestände wird die Angriffsmöglichkeit der Heere nicht so sehr durch die Einführung eines bestimmten einheitlichen Wehrsystems, als vielmehr durch eine namhafte Herabsetzung und einen Ausgleich der verschiedenen Rüstungsstände beeinflusst, der dem Recht aller Staaten auf Sicherheit entspricht.

Die deutsche Abordnung ist bereit, in die Erörterung des französischen Planes einzutreten. Sie muß aber ihre Stellungnahme zu ihm von der befriedigenden Lösung der genannten Fragen abhängig machen, und hat daher ihren Standpunkt in einem Antrag zusammengefaßt, den sie hiermit unterbreitet.

Der Antrag der Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

„Der Hauptansatzpunkt stellt fest: a) daß nur Heere mit reinem Verteidigungscharakter mit einem System der Sicherheit vereinbar sind.

b) daß es, um den Heeren einen Verteidigungscharakter zu geben, in erster Linie erforderlich ist, diesem die Angriffsmittel durch Abschaffung der Waffen mit besonderem Angriffscharakter zu nehmen (schwere bewegliche Artillerie, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Verbot des Bombenabwurfs) und für jedes Heer die Menge an zugelassenem Kriegsmaterial festzusetzen.

c) daß es für die Schaffung eines Sicherheitssystems an erster Stelle erforderlich ist, eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte der starkgerüsteten Staaten und einen Ausgleich der Streitkräfte aller Staaten vorzunehmen. Hierbei müssen die Ueberseegebiete, die sich in den in der Nähe des Mutterlandes liegenden Ueberseegebieten befinden, ebenso wie die im Mutterlande selbst stehenden Ueberseegebiete als Teil der Heimatstreitkräfte betrachtet werden.

Die Sitzung nahm nach den Erklärungen Radolnys einen bewegten Verlauf.

Der deutsche Antrag rief auf harten Widerstand. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Polens lehnten ihn unabweisend ab.

### Radolny wird am Sprechen gehindert!

Die lang ausgedehnte Sitzung schloß mit einem peinlichen Zwischenfall. Der Präsident Henderson erklärte zum Schluß der Sitzung, daß der Hauptauschuß mit den

französischen Heeresvorschlägen und einem italienischen Abänderungsantrag befaßt sei, ohne mit einem Wort den eingereichten deutschen Antrag als Verhandlungsgrundlage zu erwähnen. Radolny verlangte daraufhin nachdrücklich Berücksichtigung des deutschen Antrages, der einen begründeten Gegenvorschlag zu den französischen Heeresvorschlägen darstelle und daher gemeinsam mit den französischen und italienischen Vorschlägen behandelt werden müsse.

Henderson lehnte scharf ab, den deutschen Vorschlag als einen Abänderungsantrag zum französischen Plan anzusehen und zur Verhandlung zu stellen. Er erklärte, der deutsche Antrag ginge über den französischen Heeresplan weit hinaus und könne daher bei den Verhandlungen über diese Frage nicht berücksichtigt werden.

Er sei als Präsident allein für den normalen richtigen Gang der Verhandlungen verantwortlich und müsse die früheren Beschlüsse des Hauptauschusses wahren. Ohne die sofortige Wortmeldung Radolnys zu berücksichtigen, schloß Henderson die Sitzung.

### Das lassen wir uns nicht bieten

Auf deutscher Seite hat dieses unforke und geschäftsordnungswidrige Verhalten des Präsidenten großes Versehen erregt. Die deutsche Abordnung lehnt es kategorisch ab, durch geschäftsordnungsmäßige Handlungen den deutschen Antrag beiseite zu lassen und

kann in keiner Weise anerkennen, daß jetzt die französischen und italienischen Vorschläge unter Ausschaltung der deutschen Auffassung behandelt werden.

Botschafter Radolny wird, wie verlautet, unverzüglich gegen das allen parlamentarischen Gepflogenheiten widersprechende Verhalten des Präsidenten Henderson die notwendigen Schritte unternehmen.

Im Verlauf der Sitzung brachte der italienische Vertreter einen Antrag ein, in dem Italien entsprechend dem deutschen Antrag eine sofortige Behandlung der Kriegsmaterialfrage fordert. Der italienische Antrag ist in der geschickten Form eines Abänderungsantrages zu dem französischen Heeresplan gefaßt und schlägt eine Vereinheitlichung der französischen Heere auf einen Heeresstypus mit beschränkter Dienstzeit vor.

Die Verhandlungen im Hauptauschuß werden heute nachmittag fortgesetzt.

### Hochkonjunktur in der englischen Rüstungsindustrie

London, 23. Februar (Radio). „Daily Express“ meldet, daß die englische Rüstungsindustrie in einigen ihrer Werke täglich 24 Stunden arbeite, um Munition für den fernem Osten herzustellen. Besonders Granaten würden mit größter Beschleunigung hergestellt. Wertwichtig sei, daß ein großer Teil der Aufträge von Siam komme.